

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).  
**Amtsblatt**

Verlagsort: Riesa, Nr. 20.

Verlagsort: Riesa, Nr. 20.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröbba.

Nr. 15.

Dienstag, 20. Januar 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Abzügen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 60 Pf., Ortspreis 50 Pf.; geltraubender und tabellarischer Satz 80%, Aufsatz, Nachweilungs- und Vertriebsgebühren 20 Pf. feste Taxe. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kenntnis der Sachlage, nachträgliche Änderungen einträgt. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Postabnahme und Vertrieb: Pannitzsch, Leipzig, Postfach 53. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Sonntagsruhe in Apotheken betreffend.

Apotheker, die den Betrieb ohne Gehilfen führen, dürfen an Sonn- und Feiertagen von 1—8 Uhr nachmittags ihre Apotheken ganz ohne Dienstbereitschaft schließen, wenn sie den auf sie anzuwendenden Verboten die nachstehend unter O bezeichneten Arzneimittel zugänglich machen, die für eilige Fälle in Frage kommen. Die Zeit des Ladenschlusses ist durch Anschlag bekanntzugeben.

Angenommen hiervon sind solche Apotheken, für welche nach Artikel 3 der Reichsverordnung über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken vom 5. Februar 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 176) von der Reichshauptmannschaft wechselseitiger Ladenschluss mit einer benachbarten Apotheke angedeutet ist.

§ 117 B der im Dresdner Journal 1905 Nr. 78 bekanntgegebenen Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. März 1905, Sonntagsruhe in den Apotheken betreffend, ändert damit ihre Geltung.

Dresden, den 15. Januar 1920. 584 a IV Mh  
14 839  
Ministerium des Innern.

Cocainlösung, Morphiumlösung, Atropinlösung 0,01 : 10,0, Apomorphinlösung, Diphtherieserum, Oplamintur, Magnesia usta, Magnesia sulfurica, Phenolphthaleintabletten, Secale cornutum (exz. ein Präparat davon), Kiefernharz, Oleum camphorae forte, Alkohol (Cognac), Chloroform, Scaupapier, Sublimatpastillen, Verbandmittel, einwirkende 2—3 Brandblinden.

## Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 23. Januar 1920 ab

1. auf Abschnitt 110 der grauen Nährmittelliste I 200 gr Backwaren, gelben I 120 gr Backwaren,
  2. auf Abschnitt 110 der roten Nährmittelliste I 250 gr Reis, grünen I 250 gr Reis,
  3. auf Abschnitt 92 der gelben Warenbezugliste III 100 gr Runkelrüben.
- Die Entnahme hat bis spätestens den 27. Januar 1920 zu erfolgen.  
Der Preis beträgt für:  
Backwaren — 92 Pf. für das Pfund,  
Reis — 80 Pf. für 1/2 Pfund-Beutel,  
Runkelrüben — 80 Pf. für das Pfund.

Die Abschnitte 110 der grauen, roten und grünen Nährmittelliste I, sowie die Abschnitte 92 der gelben Warenbezugliste III sind ungenutzt und ungebilligt bis spätestens

den 29. Januar 1920 an die Unterverteilungsstelle einzuliefern. Die Unterverteilungsstelle hat die Abschnitte gefüllt bis spätestens den 31. Januar 1920 an die Amtshauptmannschaft einzuliefern.

Die Abschnitte 110 der gelben Nährmittelliste I sind direkt bis spätestens den 29. Januar 1920 an Herrn Kommissionsrat Ernst Wille in Riesa einzuliefern.

Großenhain, am 19. Januar 1920.  
108 a III. Der Kommunalverband.

## Verteilung von ausländischem Weizenmehl.

Am Freitag, den 23. Januar und am Sonnabend, den 24. Januar 1920 werden auf Abschnitt 22 der Einfuhrzulasskarte

75 gr Weizenmehl und 60 gr Roggenmehl ausgegeben.

Der Preis beträgt für Weizenmehl 85 Pf. für das Pfund, für Roggenmehl 70 Pf. für das Pfund.

Die Verkaufsstellen haben die abgetrennten Abschnitte 22 zu sammeln, zu je 100 Stck zu händeln und bis spätestens den 27. Januar 1920 mit Lieferchein an die Amtshauptmannschaft einzuliefern.

Die Karte ist mit der in der Befestigung vom 5. Juli (S. 9) vorgeschriebenen Aufschrift zu versehen.

Zusicherungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, soweit nicht auf Grund des Strafbuchbuchs härtere Strafen Platz zu greifen haben, auf Grund von § 17 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verfolgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Großenhain, am 19. Januar 1920.  
108 a III. Der Kommunalverband.

## Fleischverteilung in der Woche vom 19.—25. Januar 1920.

Auf die Reichsliste Nr. X erhalten:

Personen über 6 Jahre auf die Marken 1—7 bis 100 gr Fleisch- und

Personen unter 6 Jahre auf die Marken 1—4 bis 50 gr Wurstkonerven.

Der Preis beträgt bei:  
Büchfleisch 8.08 Pf. für das ausgewogene Pfund,  
Büchfleisch 4.40 Pf. für das ausgewogene Pfund.

Großenhain, am 17. Januar 1920.  
2 e V. Die Amtshauptmannschaft.

## Die Auslieferungsnote der Entente.

Der Generalsekretär der Friedenskonferenz in Paris hat am 16. Januar dem Botschafter der Niederlande folgenden Schreiben übergeben:

Mit dem vorliegenden Schreiben an die Königlich Niederländische Regierung notifizieren die Mächte den Text von Artikel 227 des am 10. Januar in Kraft getretenen Friedensvertrages mit Deutschland. Sie haben gleichzeitig mitgeteilt, daß sie beschließen haben, ungenutzt die Bestimmungen dieses Artikels durchzuführen. Infolgedessen richten die Mächte das offizielle Ersuchen an die Regierung der Niederlande, ihnen den ebemaligen deutschen Kaiser Wilhelm von Hohenzollern zur Aburteilung auszuliefern.

In Deutschland wohnhafte Personen, gegen die die alliierten und assoziierten Mächte Anklage erheben, müssen ihnen gemäß Artikel 228 des Friedensvertrages unter den gleichen Bedingungen von der deutschen Regierung ausgeliefert werden. Die niederländische Regierung ist daran interessiert, daß die rechtlich überlieferten Verbrechen der internationalen Verträge und die systematische Verletzung der beständigen völkerrechtlichen Bestimmungen insbesonders auf alle einschläglichen der höchsten Verbrechen die durch den Friedensvertrag vorgegebene besondere Würdigung erhalten. Die Mächte erinnern ferner an die unter so vielen Verbrechen erfolgte Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, an das barbarische und unerbittliche System von Geiseln und Massen deportationen, an die Entführung der jungen Mädchen in Lille, die ihren Familien entzogen und ohne Schutz dem schlimmsten Zusammenleben beider Geschlechter überliefert wurden, an die systematischen Verwüstungen ganzer Gegenden ohne militärische Notwendigkeit, an den unangelegten U-Bootkrieg und an das unermessliche Justizverbrechen der Opfer auf hoher See, sowie an die Taten gegen die Nichtkämpfenden, die von den deutschen Behörden als gegen die Kriegsgesetze verstoßen anerkannt wurden.

Für alle diese Taten geht die Verantwortlichkeit, mindestens die moralische, hinaus bis zum obersten Führer, der sie ermittelte oder seine Befehle erteilte. Er braucht hat, um das bestialische Empfinden des menschlichen Gewissens zu verletzen oder verletzen zu lassen. Die Mächte können es sich nicht vorstellen, daß die Regierung der Niederlande daran denken könnte, die von dem ebemaligen deutschen Kaiser auf sich geladene schwere Verantwortung auf sich zu nehmen. Holland würde seine internationalen Pflichten nicht erfüllen, wenn es sich nicht den anderen Mächten anschließen würde, um die begangenen Verbrechen zu verfolgen oder wenn es ihre Verletzung hindern würde. Indem dieses Ersuchen an die holländische Regierung gerichtet wird, glauben die Mächte, dessen besonderen Charakter hervorheben zu müssen. Sie haben die Pflicht, die Ausführung des Artikels 227 sicherzustellen, ohne sich dabei durch ein Argument aufhalten zu lassen, weil es sich nicht nur um eine persönliche Anklage von gewöhnlichem juristischen Charakter, sondern auch um eine internationale Aktion handelt, die durch das Volksgewissen gebietet ist gefordert wird. Die vorgelegenen Rechtsnormen bieten mehr Garantie, als das bisher geltende Recht.

Die Mächte hegen die Überzeugung, daß Holland, das seine Achtung vor dem Recht und der Gerechtigkeit bewiesen hat, und als eine der ersten Mächte einen Weg fordert, nicht durch seine moralische Autorität die Vergewaltigung der wesentlichen Grundsätze der internationalen Solidarität der Nationen werden wollen wird, da es, wie alle anderen, ein Interesse daran hat, die Rückkehr eines solchen Katastrophen zu verhindern. Die holländische Regierung ist in dem Maße daran interessiert, nicht den Anschein zu er-

wecken, als ob sie den Hauptverbrecher beschütze, indem sie ihm Schutz über ihrem Gebiete gewährt, sondern dem Volk zu zeigen, daß sie das Verbrechen, das von Millionen von Stimmen von Opfern verlangt wird, erleichtert.

Die „Times“ melden aus Paris: Na eine Verurteilung der Alliierten auf Aburteilung des Kaisers ist nicht zu denken. Die Alliierten sind entschlossen, den Kaiserprozess unter allen Umständen bis zum Frühjahr durchzuführen. — Weiter meldet aus Paris: Die Alliierten werden sich mit einer Weigerung Hollands, den früheren Kaiser auszuliefern, nicht zufrieden geben. Sofern Holland tatsächlich ablehnen sollte, haben die Alliierten Vorbehalte getroffen, durch Deutschland, das einen Rechtsanspruch auf Auslieferung des Kaisers hat, den Kaiser für die Alliierten anfordern zu lassen.

Der deutsche Reichskanzler Bauer hatte eine Unterredung mit einem Vertreter der „United Press“, in der er erklärte, daß das Kabinett wegen des Ereignisses um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers schwer von Sorge betroffen sei. Was die Bevölkerung betreffe, so sei kein Verlangen zu bemerken, die Kriegsmissetäter vor den Folgen ihrer Taten zu bewahren, aber es wäre ein Unterschied, solche Missetäter vor kompetente deutsche Gerichte zu bringen oder sie an fremde Richter auszuliefern. Das deutsche Volk betrachte die letztere Methode als eine absolute Verwahrlosung der Bedingungen für einen unparteilichen Richter. Das deutsche Volk stehe auf dem Standpunkt, der in anderen zivilisierten Ländern geteilt werde, daß die Missetäter vor nicht voreingenommene Richter gestellt werden müßten. Das könne unmöglich der Fall sein, wenn beschuldigte deutsche Offiziere vor militärische Richter gestellt würden, die aus früheren Feinden zusammengesetzt seien. Nach Empfang der Liste habe die Regierung beschlossen, eine sofortige Untersuchung einzuleiten, und zwar für jeden Fall besonders. Die Regierung werde dann den in der Liste Aufgeführten mitteilen, daß ihre Auslieferung verlangt werde. Wenn sie den unlängst vom Grafen Montiniot gegebenen Rat befolgeten und sich aus eigener Initiative übergeben, dann würden vernünftig keine Schwierigkeiten entstehen. Auf die Frage, was geschehen würde, falls alle oder einige nicht der Aufforderung, sich zu stellen, entsprechen würden, antwortete Bauer, daß für den Fall ein Bürgerkrieg entstehen könnte. Der Kanzler schloß:

„Ich bin aber überzeugt, daß der deutschen öffentlichen Meinung im Großen und Ganzen entsprochen werden könnte, wenn die Prozesse vor einem deutschen Gerichtshof geführt werden. Wir sind bereit, hierfür eine Uebereinkunft zu treffen, um das Land vor Unglück zu bewahren.“

## Zur Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes.

Aus der deutschnationalen Fraktion der Nationalversammlung schreibt man:

Der gleich dem Schreiber dieser Zeilen seit vielen Jahren seine Kraft für den Ausbau der deutschen Sozialreform eingesetzt hat, kann nur mit tiefer Begeisterung auf die Wege schauen, die die heutige Reichstagsmehrheit mit dem Betriebsrätegesetz einschlägt. Wie gern wollte man sich in christlich-sozialem Geiste für den Ausbau der Arbeiterauschüsse und der Arbeitskammern, wie gern wollte man sich im Sinne der organischen Staatsidee für die rechtliche Durchgestaltung des berufsgenösslichen Gesamtens einsetzen! Aber die heute herrschenden Verhältnisse sind aus anderem

holte geschmiedet. Der in christlich-sozialem Geiste wachsende organische Staatsgedanke ist ihnen fremd. Die Staatsweisheit ist die des Kaisers Karl von Habsburg, durch Nachsicht gegen die Strafe sich durch die Schwerezeiten des Tages hindurchzuwinden. Es darf nicht bezweifelt werden, daß der Königsdanke, in dem die Verhältnisse wurzeln, der russischen Sowjetrepublik entgegengesetzt die deutschen Gewerkschaften aller Stufen haben im Kampf um ihren Existenzkampf sich behauptet und erst allmählich sich dazu drängen lassen, ihn umzubiegen, und sich vollständig mit ihm abzufinden. Dem Gewerkschaftsgedanken, den auch wir freudig begrüßen, entspricht der Ausbau der Arbeitergemeinschaften; die Arbeitergemeinschaften sind auf den Berufsgenösslichkeiten der Arbeiter und Arbeiter ausgebaut. Hier ist Gleichberechtigung und organische Staatsidee. Der Königsdanke hingegen wurde durch die todesberühmte Berliner Straßen in die Reichsversammlung hineingeworfen und wird auch gegenwärtig von den revolutionären Gewalten als Blut von ihrem Blute verteidigt. Während die Mehrheit sich abmüht, dem Betriebsrätegesetz eine halbwegs erträgliche Form zu geben, sind die revolutionären Mächte gewillt, sich durch keine halben Juncodimente abweisen zu lassen. Jeder Finger, den man ihnen rührt, zielt ihnen nur dazu, die ganze Hand zu lockern. Erst am 16. Januar erklärte der Abgeordnete Dr. Geier von der Tribüne des Reichstages aus, die Verordnungen sollten zur Neuorganisation aller Betriebe dienlich gemacht werden. Gleichem Zweck dienen die blutig verlaufenen Demonstrationen vor dem Reichstagsgebäude, und alle Kraft der Unabhängigen und Kommunisten wird dahin geben, durch die Betriebsräte terroristische Macht zu erhalten, allen Betriebsfrieden zu untergraben und die andere Seite, insbesondere die christlich-nationale Arbeiterkraft zu terrorisieren.

Die deutschnationalen Fraktion verurteilt noch in letzter Stunde, das Betriebsrätegesetz zu einem Gesetz über Arbeiterauschüsse und Arbeitskammern dadurch umzugestalten, daß sie die Ueberweisung des Entwurfs an den verordneten Reichswirtschaftsrat vorschlag. Begegnend. Die Mehrheit der Nationalversammlung, auf Wahrung ihrer Überaus schwer zusammenhaltbaren Einigkeit angänglich bedacht, stimmte fast alle deutschnationalen Anträge, auch diesen, nieder.

Als der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften 1899 in Mainz zusammentrat, gab er die programmatische Erklärung ab: „Arbeit und Kapital sind die aufeinander angewiesenen Faktoren der Produktion.“ Von die en Grundgedanken geleitet, mußten und müssen wir deutschnationalen eine Politik betreiben, die dem auf Gleichberechtigung der Stände gegründeten wirtschaftlichen Frieden dient. In ihm allein kann die Wirtschaftskraft unseres tief gebeugten Volkes wieder erstarren.

Das Betriebsrätegesetz vermag weder die Arbeiter noch die Angestellten, noch die Beamten wirklich zu befriedigen. Die tabulalen Elemente haben es zur But, sie werden es nur brauchen, um dem Arbeitgeber in Stadt und Land, jedem anders gesonnenen Arbeitstollegen das Leben zur Hölle zu machen. Die nächste Folge davon wird natürlich ein Beamtenrätegesetz sein, das neuen Bräueln in die Beamtenwelt hineintragt wird. Andere Gesetze sind vom Reichskanzler Bauer in der gleichen Richtung bereits angekündigt worden.

Nur Ausbau der berufsgenösslichen Organisation und der Arbeitergemeinschaften zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, nicht aber der vom Ostjudentum erzeugte Sowjetgedanke vermag die Wirtschaftskraft unseres Volkes zur Leistung zu bringen.



# Kommunistische Wählerereien.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß hinter den Streik der Eisenbahner, Telegraphenarbeiter und der Bergarbeiter im Hamborner Bezirk kommunistische Wähler stehen, dann ist dieser Beweis durch die Streikenden selbst erbracht worden. Nicht als ob die wirtschaftliche Bewegung der Eisenbahn- und Telegraphenarbeiter nicht ihren Ursprung gehabt habe in der wirtschaftlichen Not dieser Staatsbediensteten, die eine vorsichtige Verwaltung schon längst hätte beseitigen müssen — aber daß diese Bewegung so ausartet, daß selbst Notstandsarbeiten verweigert wurden, ist das Werk gewissenloser Führer, die leider von der Mehrheit der Arbeiter als solche zu spät erkannt wurden. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht das Verhalten des Führers der Streikbewegung in Bochum (wo die Eisenbahner am längsten im Streik verharren und sich am radikalsten gebärden): Der Streik wäre nicht beendigt worden, wenn nicht Auswärtige einen Druck auf die Entlassung der Eisenbahner ausgeübt hätten. Die Offener „Zentralstreikleitung“, die zur Fortführung des Kampfes aufbereitete, bestand aus kommunistischen Eisenbahnern aus Wülheim, Bergheim und Frauen; diese Gesellschaft, mit der die Eisenbahnerorganisation jede Gemeinschaft abschneidet, hat jetzt hinter Schloß und Riegel, und damit hörte auch sofort der Streik auf.

In der Telegraphenarbeiterbewegung spielten auch kommunistische Elemente eine verhängende Rolle. Wie uns der Leiter des Verbandes der Telegraphenarbeiter mitteilt, sind die tatsächlich vorgekommenen Sabotageakte auf diese Schürer zurückzuführen, die der Verband energisch von seinen Vorständen abschaltete.

Der jetzt beendete Streik der Bergarbeiter in Hamborn, der zu unerhörten Ausschreitungen geführt hat, ist ebenfalls auf das Konto auswärtiger Geher zurückzuführen. Der Vorsitzende des Arbeiterrates von Hamborn, der Unabhängige Heising, stellte fest, daß der Arbeiterrat den Bergleuten vom Montag völlig fernblieb, auswärtige Elemente hätten die Menge aufgepuscht zu den wilden Minderungen, die einen Schaden von Millionen verursachten. Bis jetzt sind in Hamborn über 300 Minderungen, bei denen Schäden im Werte von vielen Tausenden gemeldet wurden, verurteilt worden. Meist sind es junge Burichen, die der Polizei mit dem Militär gegenüberstehen.

Wie Spannung sieht man der Haltung entgegen, die die Bergarbeiter am 1. Februar zur Sechshundertschicht einnehmen werden. Der Bergarbeiterverband hat zum 24. Januar eine außerordentliche Generalversammlung nach Bochum einberufen. Eine große Zahl Disziplinierungen verlangt die gewalttätige Einführung der Sechshundertschicht. Auch hier sind es die jüngeren Elemente, die im kommunistischen Schlepptau sich befinden und die älteren, besonnenen Bergarbeiter terrorisieren wollen. Es ist charakteristisch, daß diese jüngeren Bergarbeiter (Schlepper usw.) beanspruchen, den gleichen Lohn zu empfangen wie die Dauer. Sechs Stunden Schicht, fünfzig Mark Lohn, tausend Mark Wirtschaftsbekleidung und zweihundert Mark für jedes Kind! lautet die parteipolitische Forderung, mit der die blinde Masse befordert werden soll. Es ist schon so weit gekommen, daß die Schlepper absichtlich Störungen in der Strecke vornehmen durch Umwerfen von Wagen usw., um zu verhindern, daß die von den Dauern gewonnenen Kohlen zum Schacht gebracht werden.

Die Generale, mit der Reichskommissar Severing und General v. Wetzer Vorlesungen treffen, um Aufhebungen von Vorurteilen zu bezeugen, ist anerkennenswert. Es ist aber zu befürchten, daß der rezentente Teil der Bergarbeiterhaft zur passiven Resistenz greifen wird. Hier wird die technische Volkswirtschaft eingreifen müssen und rücksichtslos die Überproduktion zu erzwingen haben, um zu verhindern, daß unser Wirtschaftsleben zusammenbricht.

Noch geben die Kommunisten ihr Spiel nicht verloren. Sie wühlen mit Macht. Der härteste Kampf steht noch bevor. Energie und Ausdauer müssen Hand in Hand gehen, um die Dinge zum Besseren zu wenden.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

**Rundgebungen in Stargard.** In Stargard veranstalteten trotz des Schneeeinsturzes die Unabhängigen und Eisenbahner einen Protestkundgebung gegen das Betriebsrätegesetz. In dem Jahr nahmen Tausende teil. Es ereigneten sich keine Zwischenfälle.

**Greuelthaten der polnischen Besatzungen!** In Allenstein treffen zahlreiche Zivilisten aus Soldau, Reidenburg und Hauptstadt ein, die vor den polnischen Besatzungstruppen flüchten. Sie berichten von ungläublichen Greuelthaten, die die Polen verüben und erzählen, daß große Teile der deutschen Bevölkerung rücksichtslos vertrieben werden. Auch deutsche Militär trifft hier ein, dem die Polen sämtliche Anhaltspunkte mit Gewalt abgenommen haben. Neue Zeitungsberichte. Nach einer Meldung aus Halle wurden die Zeitungen der Unabhängigen, das „Volkswort“ in Halle und das „Volkswort“ in Reib wegen fortgesetzter Degartikel, welche die Achtung vor dem Gesetz und den öffentlichen Frieden bedrohen, verboten.

**Deutsch-polnisches Abkommen.** Das polnische Pressebüro in Hopengarten veröffentlicht das zwischen Deutschland und Polen in diesen Tagen in Paris abgeschlossene Abkommen. Darnach verpflichtet sich Deutschland u. a. Polen die Beträge zurückzugeben, die die polnischen Gemeindeverwaltungen auf Rechnung des preussischen Staates ausbezahlt haben, und den Polen unerschöpflich sowie Eisenbahnmateriale zurückzugeben, als verhältnismäßig auf die abgetretene Eisenbahn im Osten entfällt. Deutschland stimmt zu, sofort in Paris Verhandlungen einzuleiten über die Entzerrung der deutschen Militär- und Zivilbehörden und die Auslieferung der kirchlichen Fonds, Archive und Kontrakte.

**Der Bescheidungsbruch des Finanzministers Erzberger gegen den Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich** wegen einer Reihe von Artikeln Dr. Helfferichs in der „Kreuzzeitung“ bzw. einer Broschüre unter dem Titel „Fort mit Erzberger“ hat begonnen. Der Prozeß dürfte unter Umständen mehrere Wochen dauern. Der Prozeßraum ist nur halb besetzt. Helfferich und Erzberger sind anwesend. In dieser Woche wird am Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend verhandelt. Es beginnt sodann die Vernehmung des Beklagten Helfferich. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich an, daß er sich zum Verfasser der unter Anklage gestellten Artikel und der Broschüre bekenne und sein Verbrechen sei, den vollen Wahrheitsbeweis anzutreten. Die Behauptung Erzbergers über die schweizerischen Aspirationen auf Belgien, die unter der Regide Helfferich organisiert seien, wurden in den schärfsten Ausdrücken bestritten. Weiter beschäftigte sich die Broschüre mit dem oft behaupteten Inmehlabericht des Grafen Czernin vom 12. April 1917, der unerwünschten Ueberzeugung über die ungenügende Beförderung dieses Geheimberichts in einer rheinischen Zeitung und der Rolle, die Erzberger in dieser Angelegenheit gespielt hat. Er wird vom Angeklagten bestritten, die ernsthaften Friedensmöglichkeiten, die unter dem Druck des U-Bootkrieges im Sommer 1917 heranreife, de facto sabotiert zu haben. Wenn Erzberger den Briefwechsel Dacot-Richards zu dem ungenügenden Verfahren einer vereitelten Friedensmöglichkeit aufbaue, so sei dies ein Verbrechen von einer vorbildlichen Dreifachheit. Um 1/2 12 Uhr ist die Verlesung der Broschüre durch den Staatsanwaltschaft, auf die in der Anklage bezeugt

genommen wird, beendet. Heute vormittag sollte mit der Verhandlung des Angeklagten begonnen werden. Der Vorsitzende beabsichtigt, wie er ausführte, den Angeklagten zunächst in dem allgemeinen Teile der Verhandlungen, die er gegen den Finanzminister Erzberger erhoben hat, zu vernehmen und darauf anschließend zunächst den Fall Thullen zu behandeln. Er hofft, daß der allgemeine Teil der Verhandlungen und der Fall Thullen bis Donnerstag erledigt werden. Der Vorsitzende betonte am Schluß der gestrigen Sitzung, es sei wünschenswert, daß eine Reihe von Tatsachen von der Gerichte, die nicht im Interesse des Reiches liegen, bei der Verhandlung nicht zur Sprache komme. Die Verhandlung wird darauf am heute vormittag 1/2 10 Uhr vertagt.

**Vom Parteitag des Zentrums.** Man berichtet uns aus Berlin: Fast die ganze gestrige Vormittagsstunde wurde durch das Referat des Abg. Trimborn ausgefüllt. Seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen gaben einen allgemeinen Überblick über die Stellung des Zentrums zu den wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen des Tages und gaben desinteressierten Welle auf den inneren Teil der Partei entlassenen Mitgliedern vorerst nur gelegentlich und mit verhältnismäßig kurzen Worten ein. Man hatte den Eindruck, als wolle der Redner zunächst einmal die Stimmung sondieren. Sehr nachdrücklich betonte er die im Interesse der Allgemeinheit überhaupt dringend notwendige Einigkeit der Zentrumsparteien. Gerade wegen dieser Notwendigkeit müsse man den auf Trennung hinausgehenden Beschluß der Bayerischen Volkspartei doppelt schmerzhaft empfinden. Wenn als Grund des Beschlusses die Rede Erzbergers in Stuttgart angegeben werde, so könne man diesen Grund als ausreichend und schlüssig nicht anerkennen, es müßten vielmehr tiefere sachliche Gründe vorhanden sein. Nebenfalls müsse es auf riefte befragt werden, wenn die Unzufriedenheit eines einzelnen, der schon in Weimar aus der Partei ausgetreten sei, derartige Folgen nach sich ziehen sollte. Immerhin bege der Redner die Hoffnung, daß trotzdem noch der Geist der Zusammengehörigkeit im Zentrum die Oberhand behalten werde. Nicht ohne Bedeutung ist es, daß der Redner sich noch einmal zu einer Verteidigung des Eintritts des Zentrums in die Koalitionsregierung veranlaßt sah. Seiner Meinung nach streifte dieser Eintritt eine ungenügende politische Notwendigkeit dar, durch die allein es verhindert werden konnte, daß Deutschland völliger Anarchie zum Opfer fiel. Und wenn auch noch lange nicht alle Schwierigkeiten überwunden seien, so müsse man doch anerkennen, daß die gegenwärtige Regierung zur Wiederherstellung Deutschlands, zur Sicherung von Ruhe und Ordnung bereits viel geleistet habe. Jedemfalls erfordere die politische Klugheit auch vom Zentrum, sich rücksichtslos auf den Boden der Republik und der gegebenen Verhältnisse zu stellen. Die Republik ihrerseits habe dann zu zeigen, daß sie auch wirklich die bessere Staatsform sei.

**Die Treue zum Deutschland.** Wie der deutsche Volksrat mittelt, erregten sich anlässlich der Uebergabe rein deutscher Grenzgebiete an die Polen längs der ganzen neuen Front ebenso erhebende wie erhellende Kundgebungen der aufstrebenden Bevölkerung. Stadt und Land besetzten in immer erneutem Treuschwur dauerndes Festhalten am Deutschland. Sie legen die tiefste Hoffnung, daß der unumgängliche Gewaltfriede durch Recht und Selbstbestimmung ersetzt wird und die fernestehenden Grenzgebiete der deutschen Heimat durch wachsende Einigkeit der Feinde schnellstens dem Vaterlande zurückgegeben werden.

**Ein holländischer Giftzug.** Der niederländische Giftzug fährt unter der Führung des Kammermitgliedes Dr. Dreffelhuys am Mittwoch nach Deutschland. Es handelt sich um die Versorgung des neu gegründeten Kinderheims Wilhelmshagen bei Berlin. Der Zug führt eine große Reihe Waggons Kartoffeln, Wäsche und andere Gegenstände mit sich. Deutscherseits wird der Zug von dem früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Hecker begleitet. Die holländische Delegation wird vom Reichspräsidenten in Berlin empfangen werden.

**Die Rückkehr der Gefangenen.** Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die Heimführung der Kriegsgefangenen aus Frankreich am heutigen Dienstag, den 20. Januar, beginnt. Es werden zunächst die im linksrheinischen Gebiet beheimateten Gefangenen zurückgeführt. Die ersten Transporte treffen am Mittwoch, den 21. Januar, in den Durchgangslagern Jülich, Schwelm und Düren ein; die nächstfolgenden werden nach Worms und Griesheim geleitet.

**Beitritte zum Völkerverbund.** Der Präsident von Argentinien setzte Clemencau telegraphisch davon in Kenntnis, daß die argentinische Regierung sich dem Völkerverbund in aller Form anschließe. Verjien ist dem Völkerverbund ebenfalls beigetreten.

**Die französische Truppenaufhebung in Ost-Bohringen** hat begonnen. In Ergruburg und Colmar sind südschweizerische Truppen eingezogen. Dämmig verhalten. Wie WTB von zuständigen Stellen erfährt, ist der Führer des radikalen Flügels der Unabhängigen Däumig gestern vormittag durch das Oberkommando in den Marken im Auftrage der Reichsregierung verhaftet worden.

**Das verwaiste Reichsfinanzministerium.** Nach dem Rücktritt des Reichsfinanzministers Mager hat der Reichsanwalt mit dem Mitgliede der deutschdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung Dr. Wieland wegen der Nachfolgerschaft verhandelt. Herr Dr. Wieland hat sich wegen unzulässiger privater Verbindungen nicht in der Lage gesehen, den Posten anzunehmen.

**Wadel** ist am 18. d. M. durch deutsche Beamte begleitet, an der polnischen Grenze eingetroffen und hat von dort aus die Weiterreise nach Sowjetrußland angetreten. Mit der Rückgabe der für ihn von Sowjetrußland festgehaltenen Geleise kann demnächst geredet werden.

**Holländischer Staatskredit an Deutschland.** Zwischen der deutschen und der holländischen Regierung schweben seit einiger Zeit Verhandlungen über die Gewährung eines holländischen Staatskredits an Deutschland. Diese Verhandlungen stehen nunmehr vor dem Abschluß. Es handelt sich um eine Summe von etwa 200 Millionen Gulden, nach dem heutigen Kurs 4 Milliarden Mark. Davon sollen 140 Millionen Gulden zum Ankauf von Rohstoffen, 60 Millionen zum Ankauf von Lebensmitteln dienen. Der Kredit wird auf 10 Jahre gegeben. Deutschland verpflichtet sich, Rohstoffe und Lebensmittel aus Holland zu beziehen und gewährt an Holland einige für Holland wichtige wirtschaftliche Vorteile, besonders Kohlenlieferungen.

**Die neueregele Arbeitslosenversicherung.** Aus Berlin schreibt man uns: Eine „Neuregelung“ ist wieder einmal die Arbeitslosenversicherung unterzogen worden durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers. Die Arbeitslosen sollen grundsätzlich an ihren Wohnort vom 1. August 1914 zurückgeführt werden. Das wird natürlich in vielen Fällen gar nicht durchzuführen sein. Ob es in den anderen Fällen wirklich durchgeführt werden wird, muß nach Lage der Dinge ebenfalls bemerkt werden wie die Verwirklichung der anderen Bestimmungen, die den Fürsorgeauschüssen zur Pflicht macht, in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsschaffenden darauf hinzuwirken, daß den unterrichteten Arbeitslosen mit ständiger Beschleunigung geeignete Arbeit vermittelt wird. Solange bei uns Zustände möglich sind, die es den Arbeitslosen oder ihren Räten“ möglich machen, auf die zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung oder der Arbeitsvermittlung bestimmten Beamten offen oder verdeckt einen Druck auszuüben, die gesetzlichen Bestimmungen in dem von ihnen gemüßigten Sinne auszulegen und anzuwenden, solange sind die schärfsten theoretischen Grundzüge und Bestimmungen des Herrn Schilde in den Wind gesprochen. Die Arbeitslosenversicherung bildet in ihrer heutigen Gestalt einen der

schärfsten Arbeitslosen unseres wirtschaftlichen Lebens. Um diesen Schaden zu beseitigen, dazu bedarf es nicht einer gutgemeint, aber wirkungsloser Verordnung, sondern einer wirklichen Neuregelung, die eine auf Verhütung und Gegenleistung aufgebaute Arbeitslosenversicherung schafft und die jegliche Inerzience, weil nur auf der Beseitigung des Reiches und der Gemeinlichen aufgebauter Arbeitslosenversicherung, aufhebt, denn diese ruiniert die Finanzen des Reiches und des Gemeinlichen und wirkt dem Arbeitswillen entgegen. Wollig ist natürlich auch, daß die Beamten gegenüber den Arbeitern und Gewalttätigkeiten der Arbeitslosen mehr als bisher geschützt werden.

**Ungarn.** Die vernichtenden Friedensbedingungen. In ganz Ungarn ist infolge der vernichtenden Friedensbedingungen der Entente Nationaltrüer angelegt worden.

**Balkanien.** Wenn bolschewistische Umwälzen in ganz Bulgarien der Belagerungszustand verhängt worden.

**Rußland.** **Kaisers Tage in Tokio.** Aus Tokio wird gemeldet, daß Kaiser Wilhelm mit einem Soldaten und einem Meer von 25 000 Mann Tschoko-Soldaten sich zwischen Ost und Ostsee befindet. In Ostsee und diesen ganzen holländischen Gebieten herrscht Aufstand. Es werden überall Sowjets gebildet, die sich zu einem Zentralkomitee zusammenschließen. Die Japaner haben erklärt, daß sie die Ausländer in Ostsee schützen werden, wenn es dort zu einer Katastrophe komme. Die amerikanische Regierung hat Japan geantwortet, daß sie angesichts der obwaltenden Umstände es vorziehe, ihre Streitkräfte aus Sibirien zurückzuziehen, und daß die Entscheidung einer Bestätigung ihr nicht zweckdienlich erscheine.

**Die bolschewistische Gefahr im Orient.** Aus Malta wird gemeldet, daß alle verfügbaren britischen Kriegsschiffe nach dem Schwarzen Meere abgefahren sind.

**Die Aufhebung der Blockade gegen Rußland.** Havas meldet aus Paris: Die Entente hat am Sonnabend auf englischen Antrieb hin beschlossen, die Blockade gegen Rußland aufzuheben. Diese Maßnahme bringt keine Veränderung der Richtigkeiten der Politik der Alliierten gegenüber Sowjetrußland mit sich. Gelingen ist befohlen, den Austausch von Waren auf der Grundlage der Gemeinlichkeit zwischen dem russischen Volk und den alliierten und neutralen Völkern zu gestatten. — Der Berliner Vertreter der „Kreuzzeitung“ nennt denn auch die Aufhebung der Blockade die wichtigste Ueberwälzung im Weltgeschehen. Praktisch sei sie nichts anderes als eine Friedenserklärung der Alliierten gegenüber Lenin und Trotski und dieser Friede sei die Frucht der erfolgreichen Feldzüge der Roten Truppen gegen die Armeen des Reiches, Dänemarks und Jugoslawiens. Frankreich benötige dringend aus Rußland Leder, Italien Weizen und England Glas. Trotski soll übrigens nach amerikanischen Blättern erklärt haben, die nächste Aufgabe der Rote der Bolschewisten sei der Angriff auf Polen und die baltischen Staaten.

**Die Wetzlarer Wälderwälder.** Nach einer Stockholmer Meldung der „Frankf. Zeitung“ wurden bei den Wetzlarer Wälderwäldern 1885 Vertreter gewählt, darunter 1889 Bolschewisten.

**Frankreich.** **Kabinettbildung durch Wälderwälder.** Aus Paris wird gemeldet: Der Präsident der Republik ersuchte Wälderwälder, das Kabinett zu bilden. Wälderwälder übernimmt das Neuhere.

## Deutliches und Sächsisches.

**Wiesla, den 20. Januar 1920.**  
Die Vorträge des Herrn P. Samuel Keller aus Freiburg i. Br. waren bisher auch in unserer Stadt recht gut besucht. So mußten die Nachmittagsvorträge, die im Gemeinschaftssaale gedacht waren, des großen Andranges wegen in der Kirche bzw. im Hotel Höpfer stattfinden. Herr P. Keller hat eine lebendige, anregende Vortragweise und alles was er sagt, ist tief innerlich erlebt. Auch seine schriftstellerischen Arbeiten, zum Teil unter dem Namen Ernst Schüll erschienen, sind von besonderem Wert und weit über die Grenzen Deutschlands bekannt. Heute abend findet der letzte Vortrag im Hotel Höpfer statt mit dem Thema „Mein Testament“.

**Wesentliche Elternversammlung.** Wie werden gebeten, auch an dieser Stelle noch einmal auf die im Anzeigenteil angegebene öffentliche Elternversammlung hinzuweisen, in der der Herr: Siebererwiesin Maria Aufklärung über die Frage schaffen will: „Was bedeutet die Lehrerschaft in der weltlichen Schule an Stelle des Religionsunterrichts zu sein?“. In dem Vortrage ist Herr Lehrer K. L. u. g. aus Leipzig, einer der erfahrensten Schulmänner auf diesem Gebiete, gewonnen worden. Jeder bringen es die schwierigen Verhältnisse mit sich, daß der Beginn der Versammlung bereits auf 6 Uhr festgesetzt werden mußte, um ausreichende Zeit für die Aussprache sicherzustellen. Außerdem werden wir ersucht, darauf hinzuweisen, daß der Saal nicht geheizt werden darf; es empfiehlt sich also, warme Kleidung anzuziehen. Der Eintritt ist frei. Das in zahlreichen Infanterien bereits zum Ausdruck gekommene lebhafteste Interesse an dieser Frage läßt einen starken Besuch der Versammlung erwarten.

**Lebensmittelverteilung.** Wie aus der heutigen Bekanntmachung ersichtlich, kommen von Freitag, den 22. Januar ab auf Abschnitt 110 der grünen und gelben Rationenkarte 1 Daserhoden, auf Abschnitt 110 der roten und grünen Rationenkarte 1 Reis, sowie auf Abschnitt 92 der gelben Warenbesorgungskarte III Rationen zur Verteilung.

**Der Fall des Hochwässers der Elbe** wird dadurch verlangsamt, daß Herr, Eger und Kleine Elbe abermals durch Kengengriff im Wachsen begriffen sind. Immerhin meldete die Station Meißel in Witten gestern geringen Fall (von 304 auf 382). Es ist also auch hier mit einem weiteren, wenn auch sehr verlangsamt Fall des Wasserstandes zu rechnen.

**Ueber die Leiden der Liebe** wird am Donnerstag abend im Hotel „Höpfer“ im Auftrage des Vereines „Volksgesundheit“ Herr Schriftsteller Max Königsdorfer Vortrag halten und dazu wieder reichlich Lichtbilder vorführen lassen. Nach der überaus glänzenden Aufnahme des ersten Teils, der vor überfülltem Saal am Dienstag abend stattfand, ist auch zu der Fortsetzung ein harter Besuch zu erwarten.

**Die Zusammenlegung des sächsischen Arbeits- und Wirtschaftsministeriums.** Die bekanntlich bis zum 31. März erfolgen sollte, wird bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sein. Solange die Kohlennot andauert, solange weiter die Arbeitslosenversicherung durchzuführen ist und solange endlich nicht wegen der Durchführung des Betriebsrätegesetzes klare Verhältnisse geschaffen sind, wird die Zusammenlegung der beiden Ministerien schwer möglich sein. Es würde sonst eine Zentralbehörde entstehen, die von niemand übersehen werden könnte.

**Der Streik in den sächsischen Eisenbahnwerkstätten** beilegt. Auf Veranlassung des Präsidenten der Generaldirektion der sächsischen Staats-Eisenbahnen Dr. Dietrich ist am Montag die Lohnkommission der sächsischen Eisenbahnen zusammengetreten. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Engelsdorf bei Delitzsch, Zwitzau und Chemnitz sollten am heutigen Dienstagmorgen die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem mit der Regierung eine Einigung erzielt worden ist. Die Regierung, die zunächst über eine 60 prozentige Lohnerhöhung nicht hinausgehen wollte, hat sich bei den langwierigen Verhandlungen mit



den Vertretern des Deutschen Eisenbahnerverbandes u. a. bereit erklärt, auf die niedrigsten Hörsen Salagen bis zu 65 Prozent zu gewähren.

Die Kohlenpreise in Sachsen hat sich infolge des Streiks der Bergarbeiter im Staatsbahnbetrieb und infolge des Hochwassers erheblich vermindert. Sehr ungünstig auf die Aufwände hat auch eingewirkt, daß in der letzten Woche die böhmischen Grubenarbeiter streikten. Infolgedessen haben bereits lebenswichtige Betriebe vorübergehend stillgelegt werden müssen.

Die Hauptforderungen der sächsischen Bergarbeiter. Wie wir vor einiger Zeit berichteten, ist das sächsische Arbeitsministerium nicht auf die von Bergarbeitern des Luga-Deutscher Kohlenreviers in ultimativer Form gestellten Forderungen eingegangen und der alte Bergarbeiterverband hat neue Lohnforderungen ausgearbeitet.

Stettin. Das Hochwasser war hier mit großer Geschwindigkeit eingetreten. Besonders stand schon am Mittwoch unter Wasser, die diesseitigen Uferweien wurden in der Nacht zum Donnerstag blank. Wobin auch das Auge blühte, überall sah es einen gewaltigen Wasserpegel, aus dem die Uferböschungen wie Inseln emporragten. Seit dem Hochwasser vom 10. April 1900 hatte der diesige Pegel eine derartige Höhe nicht wieder erreicht.

Melken. Der Streit wegen der im Stadtordnungsamt aufgestellten Monarchenbüden ist beigelegt. Die Büden werden beseitigt. Die Stadtorbneten haben die Sitzungen wieder aufgenommen.

Melken. Das Hochwasser der Elbe ist gestern soweit zurückgegangen, daß die überschwemmten Straßen und Plätze und damit die meisten Läden und Kellermwohnungen wieder frei sind. Der angerichtete Schaden an Häusern und Straßen sowie durch Störung von Industrie und Handwerk ist beträchtlich.

Dresden. Ein Brandüberfall wurde am vergangenen Sonnabend im Grundstücke Eisenberger Straße 15 von drei Männern auf einen Bigarrenhändler u. verübt, der dortin gefloht worden war, angeblich um einen Wagon Bigarren zum Verkauf zu beschaffen. Im Keller versuchten die Täter, den Bigarrenhändler mit einem Holzhammer niederzuschlagen; u. konnte sich infolge der Täter erwehren. Zwei von ihnen sind bereits ermittelt und festgenommen, der dritte, den die Festgenommenen nicht kennen wollen, ist noch nicht ermittelt worden. Er ist circa 22 Jahre alt, trägt selbstgezeichnete Haare mit schwarzen Streifen, Reißboje und Gamaschen.

Wien. Am Neubau des Gasbehälters des Riegelner Gaswerkes ereignete sich gestern morgen 20 Minuten nach Aufnahme der Arbeit eine schwere Explosion. Das ganze Dach des noch unterirdischen Bauwerks wurde etwa drei Meter hoch gehoben und stürzte dann zurück. Die auf der Galerie stehenden Leute wurden durch den Luftdruck herabgeschleudert und erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Insgesamt wurden 21 Verletzte, von denen einer kaum mit dem Leben davon kommen dürfte, in das Johanniter-Frankenhaus gebracht. Der Betrieb des Gaswerkes wird durch den Unfall nicht berührt.

Berchach (Aussch.). Beschlagnahme wurde im benachbarten Grenzgebiet ein mit vielen Barrenballen beladener Wagon samt Pferd. Die Ballen enthielten viele tausend Stück Unterwäsche, die aus deutschen Grenzgebieten stammt und von Sachsen nach Böhmen geschmuggelt werden sollte. Die wertvollen und für uns so dringend benötigten Sachen verfallen nunmehr dem tschecho-slowakischen Staat.

Leipzig. Vor dem vereinigten zweiten und dritten Straßengericht begann gestern vormittag der Prozeß gegen den 49 Jahre alten Kaufmann und Wirtschaftsdirektor Ernst August Barth aus Briesing bei Baugen wegen verübten Landesverrats. Als Zeugen sind erschienen ein Landgerichtsrat, ein Fleischhauer, ein Oberlehrer, zwei Waretter und ein Lehrer als Sachverständige, ein Oberlehrer aus Baugen als Dolmetscher und ein Hauptmann. Nach dem Eröffnungsbeschluss hat der Angeklagte im April 1918 in Paris verurteilt, während des Krieges einer feindlichen Macht Vorkauf zu leisten und der Kriegsmacht des deutschen Reiches Nachteile zuzufügen, indem er einem Vertreter des deutschfeindlichen Blattes "Matin" für die Adresse des französischen Kriegsministeriums bestimmte Mitteilungen gemacht und behauptet hatte, das Deutsche Reich mobilisierte insbesonder weiter und heimliche Kriegsmaterial und Eisenbahnen. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte den Ausschluss der Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung. Der Verteidiger, Julius Dr. Wertheimer-Berlin, beantragte, nur bei den Erörterungen über den Grenzschutz die Öffentlichkeit auszuscheiden. Die Frage der Wende sei ja durch den Friedensvertrag erledigt, der nichts darüber enthalte. Der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Lehmann aus Baugen und der

Staatsanwalt des Reiches in Berlin. Der Staatsanwalt des Reiches in Berlin hat die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlungen auszuscheiden. Die Verhandlungen sind am Mittwoch beendet. Das Urteil wird am Mittwoch mitgeteilt.

### Neueste Nachrichten und Telegramme vom 20. Januar 1920.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

Berlin. In dem Verlangen der Entente nach Auslieferung des früheren Kaisers schreibt der "Vorwärts": Die Nachhaber der Entente stehen im Streit, das polnische Recht zu beugen, mit anderen Worten das zu tun, was sie dem früheren Deutschen Kaiser mit dem Einbruch in Belgien vorwarfen. Die deutsche Regierung hat die Rechtsparantien dafür geschaffen, daß Wilhelm Kaiser nicht als alle übrigen von der Entente als Schuldige noch zu bezeichnen. Der Entente als Schuldiger hat der Entente ferner einen unmaßgebenden Einfluß auf den Gang und die Unparteilichkeit des Verfahrens durch Zulassung von Vertretern eingeräumt. Die deutsche Regierung ist weitergegangen als die französische im Jahre 1914. Es nicht alles nicht. Die Herrscher Frankreichs und Englands vergessen alle Rechtschwüre und beachten nur die Rückschlüsse ihrer aufgeregten Nationalisten und Jinger. Durch die schnelle Freilassung der Kaiserin würden sie die deutsche Republik in die schwersten inneren Gefahren. Die Auslieferung Wilhelms, die Verhandlung gegen ihn und seine Verurteilung werden die Reigen der Gegner der Republik gewaltig kühlen. Das eigene Interesse der Entente verlangt aber, daß sie uns hehlichlich, eine Brücke zu schlagen, um die Gefahr eines Rückfalls zu vermeiden. — Die der "Katholischer" meldet, wurden gestern außer Kaiserin weitere elf radikale Führer verhaftet, darunter Reichsrat von der Centrale der sozialistischen Betriebsräte, eine Besprechung, unter der sich der bekannte rote Kolonialrat befindet. Die bisherige Untersuchung über die jüngsten Aufstände hat das Verhalten eines kommunistischen Aktionskomitees ergeben, das vergeblich vorgeht.

### Schweres Eisenbahnunglück.

Schneidemühl. Um 2 Uhr nachts entgleit ein Eisenbahnzug bei Schneidemühl. Eisenbahn wurde auch das Feld Schneidemühl-Berlin gelichtet. Fast in demselben Augenblick passierte der Wagon des D-Zuges 4, der nicht mehr gewahrt werden konnte, die Unfallstelle und raste in den entgleisten Güterzug hinein, wobei mehrere Wagon zertrümmert wurden. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß, steht aber noch nicht fest.

### Protest gegen die fortgesetzten Zeitungsverbote.

Berlin. Eine Kollektivaktion der Vereinigung proletarischer Zeitungsverleger verlangt in einer Entschiedenheit, daß Zeitungsverbote auf Grund des Ausnahmezustandes niemals ohne Begründung und Begründung erfolgen. Ferner werden von Regierung und Parlament Garantien gefordert, die Presse und Zeitungsgewerbe vor einem Zustand völliger Rechtslosigkeit zu schützen.

### Sturm-Schäden.

Freiburg i. Br. Der orkanartige Sturm, der in den vergangenen Wochen über den Schwarzwald hinwegstobte, hat einen Schaden von mehreren Millionen allein an Wäldern angerichtet.

### Änderungen im diplomatischen Vorgehen Frankreichs.

Paris. (Gavas.) Lieber die Frage, ob die Beschlüsse der Entente eine Veränderung in den Verhandlungen der Friedenskonferenz herbeiführen wird, schreibt das "Journal", über ist, daß eine vollständige Kursänderung in unserem diplomatischen Vorgehen eintreten wird.

Paris. (Gavas.) Clemenceau legt Wert darauf, daß er im Obersten Rat am Montag vormittag noch präsidiert, um die abstrakte Frage zu lösen.

### Die Folgen der Niederlage Kollifats.

London. "Daily Mail" meldet aus Kienlin: Nach den letzten bei der chinesischen Regierung eingegangenen Nachrichten, sind die russischen Kadetten, die für Kollifat Partei ergriffen hatten, von den Aufständischen in Jekuski niedergemetzelt worden. Der größte Teil der Stadt ist zerstört und ausgeraubt worden. Man glaubt, daß die Truppen des General Capel, die ungefähr 50 000 Mann stark sind, Gefahr laufen, zwischen Jekuski und dem Baikalsee umzingelt zu werden. Die Truppen waren der Regierung Kollifat tren geblieben.

### Bermitteltes.

Feuersbrunst auf einem Ozeandampfer. Eine am Sonntag vormittag in Ostlag aufgenommene drablose Meldung besagt, daß auf dem Transportdampfer "Bombar" auf 51 Grad nördl. Breite und 28 Grad westl. Länge eine Feuersbrunst ausgebrochen ist. Das einbelegene Wasser fessel und hat die Pumpen überfordert und unbrauchbar gemacht. Das Schiff bittet um Hilfe. Die "Gedria" meldet, daß sie in früher Abendstunden an Ort und Stelle einzuwirken hoffe. Im Bord der "Bombar" befinden sich 500 Personen. Ein drabloses Telegramm der "Gedria" besagt, sie werde die Passagiere an Bord nehmen, falls das Wetter es erlaubt.

### Kirchennachrichten.

Gesb. Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde in der Kirche, Gula, F. Winter.

**Gegen reinwollene Stricklumpen gute Friedensstoffe.**

Bei der jetzigen Rohstoffknappheit sind reinwollene Stricklumpen, wie alte wollene Strümpfe, Strickwesten, Sobals usw., sehr wertvoll.

Wir tauschen gegen

2 Pfund Stricklumpen Stoff zu 1 Bluse,
3 " " " " 1 Rock,
5 " " " " 1 Kleid.

Wir berechnen nur noch den Anfertigungspreis des Stoffes, etwa M. 10.— bis M. 18.— für das Meter.

Ferner geben wir umsonst ab gegen 2 Pfund Stricklumpen 1 wollene Schürze.

Die Gelegenheit ist sehr günstig. Machen Sie von unserem Angebot ausgiebigen Gebrauch

**Modewarenhaus**  
Gebr.  
**Riedel**  
Ecke Goethe- und Schützenstraße.

**Unserer Eisen**  
zum Weggehen ein  
300 Pfund Gold, das der  
ganze Reich reichlich und  
Gute der Freude gewährt!

**Verfliegen**  
1 Paar hellblauwe Strickwesten. Bitte abg. gegen  
Belohnung d. Neubert, Königs-  
straße, Maschinenhandwerk, 11  
2 Schickel verl. v. Wuppiger  
bis Hauptstr. Bitte geg. Bel.  
abg. Wuppiger Str. 22, 1.

**Verloren**  
wurde am Sonnabend früh  
auf dem Wege Riefa-Robelen  
eine gelbe wollene Wagon-  
decke. Geg. gute Bel. abg.  
Robelen Nr. 20.

**Verloren**  
auf dem Wege von Neu-  
weida nach Altheida eine  
Wagondecke. Geg. Bel. abg.  
Grumbach, Weida.

**Möbl. Zimmer**  
mit oder ohne Pension für  
1. Febr. gesucht. Näheres  
durch Erich Ruppert, I. S.  
Gebr. Riedel.

**Sauberes, ehrliches Mädchen**  
nicht unter 20 Jahren, für  
Hausarbeit u. Gärtnerarbeiten  
sodort oder 1. Febr. gesucht.  
Hotel Brenkischer Hof,  
Ehrenwerda.

**Kapitalanlage!**  
Infolge besonderer Um-  
stände gebrauche ich groß-  
flüssige Mittel u. will zu  
diesem Zweck einen Teil  
meiner Beteiligung an  
einer soliden rentablen  
G. m. b. H. veräußern. Da  
die übrigen Gesellschafter  
nur einen kleinen Teil  
der Gesellschaftskassen an-  
gehören, liegt mir daran,  
die Vorteile dieser Aktien,  
mit über 20%, sich ver-  
zinsen. Kapitalanlage  
einem Kameraden begm.  
Denn glücklichen Standes  
zuwenden. Hauptmann  
r. K., Postkarte 211,  
Berlin W. 30.

### Die schöne Melusine.

Roman von G. Conrad-Wahler.

69. Fortsetzung.

Sie saßen lange stillen und schweigend. Er sah in ihr blaues Gesicht, das einen feinen Leidenszug hatte, und aus dem die Augen schmerzvoll heraus-  
schauten. Und dann sagte er plötzlich:

„Tut es dir nun leid, da du frei bist, daß du meine Frau geworden bist?“

Sie schrak auf und sah ihn betroffen an.

„Wie kommst du darauf, Daniel Rudolf? Du wilst doch niemals etwas anderes in mir sehen als meine Melusine.“

„Und wenn doch? Wenn sich kein vereintes Herz dir zuwenden würde? Das beste Heilmittel gegen eine unglückliche Liebe ist eine neue Liebe. Was dann, Winnifred?“

Sie nahm seine Hand zwischen ihre beiden und brühte sie an ihre Wangen.

„Lasse uns nicht solche Fragen an das Schicksal stellen, Daniel Rudolf. Der liebe Gott wird alles führen, wie es gut ist. Und du, mein geliebter väterlicher Vater, wilst dafür sorgen, daß meine Winnifred freien Herzens und sich selbst getreu neben dir gehen kann. Mein Vertrauen zu dir ist schrankenlos — ich weiß mein Schicksal in treuester Gut bei dir, was auch kommen mag!“

Da strich er zart über ihre Wangen. Seine Augen leuchteten. „Dessen darfst du gewiß sein, Winnifred. Sei du nur immer offen, wahr und klar zu mir, damit ich erkennen kann, was gut ist. Versprich es mir in dieser Stunde, daß du es mir edelich sagen wilst, wenn die löse Feisel, die uns verbindet, drückend für dich werden sollte.“

Sie umarmte seine Hand.

„Ich verspreche es dir, damit du ruhig bist. Und ich werde dich Versprechen halten.“

Er nickte zufrieden.

„So ist es gut, meine kleine Winnifred. Und nun wollen wir dem Kommenden klaren Auges entgegen-  
sehen.“

Einige Wochen waren vergangen. Luz hatte sich mit einem heißen Eifer in seine Arbeit vergeben, und der Bau des Laboratoriums wurde fleißig gefördert.

Die mit seinem Präparat beschäftigten Gartenbeete nütigten nun doch seiner Mutter einiges Interesse ab. Es war erstaunlich, wie viel stärker und gesünder die Pflanzen auf diesen Beeten emporwuchsen, wie viel größer und bessere Früchte sie trugen.

Luz wußte, daß auch Daniel Rudolf in Wildenau überausende Resultate erzielt hatte. Er wollte die erste große Liekierung des Präparates haben, sobald der Betrieb im Gange war.

Mit aller Kraft und Selbstbeherrschung hatte Luz den Schmerz über seine Enttäuschung niedergezwungen. Er suchte sich im Herzen mehr und mehr von Sids frei zu machen. Daß sie sich ihm als eine ganz andere gezeigt, als er vorher in ihr gesehen hatte, half ihm am meisten dabei. Er konnte ihrer nur in Betrachtung gedenken, denn er mußte sich sagen, daß sie eine herrliche, berechnende Natur war, die ihm Gefühle heuchelt hatte, die sie nicht empfand. Ihr ganzes Wesen erschien ihm jetzt als eine einzige große Lüge. Als er nach einigen Wochen zufällig erfuhr, daß sie sich mit Herrn von Solms verlobt hatte, spielte ein verächtliches Lächeln um seine Lippen.

Am diesem Tage fühlte er sich endlich lässig, nach Wildenau zu gehen. Die Sehnsucht nach Winnifreds stillen, seinem Wesen, nach ihrer lauterem Herzensgüte und ihrer warmherzigen Teilnahme hatte ihn schon oft gepackt. Aber er hatte sich verlagert, dieser Sehnsucht Folge zu leisten. Nun schloß er sich lässig, ihr und Daniel Rudolf zu be-  
ginnen.

Und diese beiden Menschen kamen ihm mit ver-  
schämter Teilnahme entgegen, so daß alles Feindsche vermieden wurde. Man sprach kein Wort von seiner Ent-  
töbung und von dem, was damit zusammenhing, aber man ließ ihn fühlen, daß er verstanden wurde und daß man ihm helfen wollte, über seine Enttäuschung hinwegzukom-  
men. Es war wieder ein Sonntag. Nur Leuzstunde trat Luz ein und mußte gleich verschreiben, bis zum Abend zu bleiben.

Nachdem man plaudernd den Tee eingenommen hatte, als sei Luz gestern erst dagewesen, entschuldigte sich Winnifred.

Die beiden Herren waren allein.

„Also der Versuch mit deinem Präparat schädigt glän-  
zend an, Luz. Winnifred und ich beschäftigen fast täglich die Entwickelung der Pflanzen auf den Versuchbeeten. Ich glaube wirklich, du wilst in Wilde ein gemachter Mann sein!“ sagte Herr von Wildenau.

Luz nickte.

„Ich bin überzeugt, daß mein Unternehmen den er-  
wünschtesten Erfolg haben wird.“

„Und was sagt deine Mutter jetzt dazu?“

„Sie wilst noch nicht eingestehen, daß der Erfolg sie übertrifft. Aber ich sehe sie jeden Tag verstoßen zu den Beeten gehen.“

„Wie ist ihre Stimmung sonst? Hat sie sich noch im-  
mer nicht über das Beschlagen ihrer Hoffnung be-  
ruhigt?“

„Wir sprechen nicht darüber. Sie ärgert mich, daß ich zu Euch halte, und spricht nur das Nötigste mit mir. Wenn ich ihr nur die Ueberzeugung beibringen könnte, daß meine Entdeckung uns aus allen Sorgen retten wilst! Sie glaubt es nicht und tut mir beinahe leid. Sie ist in dieser Zeit um Jahre gealtert.“

Herr von Wildenau sah nachdenklich vor sich hin. Dann richtete er sich lässig auf.

„Deshalb ist es.“



